

Vlothoer Anzeiger 08.03.2008

Bundestag blickt auf "Collegium Humanum"

Große Koalition formuliert Antrag auf Vereinsverbot / FDP befürchtet Plattform für Extremisten / Weitere Gruppen prüfen

Vlotho (va). Die große Koalition wird in der kommenden Woche im Bundestag einen Antrag auf Verbot des rechten Schulungszentrums auf dem Vlothoer Winterberg und des Vereins "Collegium Humanum" einbringen.

Von Oliver Plöger



[171051918_0.jpg](#)

So informierte gestern das Büro der Bündnisgrünen Bundestagsabgeordnete Ute Koczy aus Minden. Redner der Fraktionen hatten sich in dieser Woche speziell mit dem von den Grünen per Antrag geforderten Vereinsverbot und der Aberkennung der Gemeinnützigkeit auseinandergesetzt.

Ein eventuelles Verbot mache allerdings nur Sinn, so Kristina Köhler (CDU/CSU), wenn weitere angeschlossene Vereine ihre Umtriebe einstellen müssten. Im Antrag der Grünen vermisse sie etwa die Prüfung des "Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten".

Für die Finanzministerien, die dem "Collegium" die Gemeinnützigkeit über Jahre zugestanden haben, brach Köhler eine Lanze, denn: "Wir sind auch ein Rechtsstaat. Und auch die Frage der Gemeinnützigkeit muss sich letztlich in einem rechtsstaatlichen Verfahren bewähren." Die Finanzbehörde müsse im Einzelfall konkret nachweisen, dass zum Beispiel Volksverhetzungen der Vereinsvertreter dem Verein als eigene Handlungen zuzurechnen seien. Das brauche Zeit und sei "immer noch besser, als mit Schnellschüssen zu riskieren, dass extremistische Organisationen vor Gericht obsiegen." Denn das, so die Abgeordnete aus Wiesbaden, wäre Wasser auf die Mühlen der Extremisten.

Wolfgang Spanier (SPD) erinnerte noch einmal an die überregionale Ausstrahlung des "CH": "Das ‚Collegium‘ wird bundesweit von NPD-Anhängern, militanten Neonazis, Auschwitzleugnern und Nationalrevolutionären genutzt." Spanier unterstütze persönlich und als Abgeordneter des Wahlkreises die Initiative des Bundestages und erinnerte in seiner Rede an die Aktivitäten des eigens gegründeten "Vlothoer Bündnisses gegen das Collegium Humanum."

Christian Ahrendt (FDP) begrüßte die Forderung, Rechtsextremismus intensiv bekämpfen zu wollen. Der Verein werde jedoch bereits vom Verfassungsschutz beobachtet. "Überreaktionen und überstürztes Handeln bringen uns da nicht weiter", meinte er. Die parlamentarische Initiative gebe den Extremisten eine neue Plattform in der Öffentlichkeit und einen Nährboden für propagandistische Aktivitäten. Damit könne der Verein mittelbar gestärkt werden.

Dass die Gemeinnützigkeit nicht aberkannt werde, hielt Ahrendt allerdings für unverständlich: "Im Fall des ‚Collegium Humanum‘ hat das Finanzamt Herford die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung sowie Studentenhilfe bescheinigt." Und weiter: "Ein Überbieten dieser grotesken und absurden Situation ist kaum denkbar."

So sieht es auch Ulla Jelpke (Linke) und setzte hinzu: "Volksverhetzung, Holocaustleugnung und Antisemitismus sind also steuerlich absetzbar." Die Linke fordert Rechenschaft von der Bundesregierung, warum bislang immer versprochene Maßnahmen gegen Vereine wie "Collegium Humanum" keine Anwendung fanden. "Wir wollen endlich Taten sehen", so Jelpke.

Verbote - in diesem Fall sinnvoll - könnten das Hauptproblem nicht aus der Welt schaffen, war die Meinung von Monika Lazar (Bündnisgrüne): "Das Hauptproblem ist das rassistische, antisemitische, intolerante Denken in weiten Teilen der Bevölkerung. Ohne diese Einstellungen hätten Parteien wie die NPD oder Vereine wie das ‚Collegium Humanum‘ nicht einen solchen Zulauf. Prävention muss also unser erstes Ziel sein."

Das "Collegium Humanum" sei eine jener Ausnahmen, bei der Prävention allerdings zu spät komme. Die Ziele seien mit unseren Grundgesetzwerten nicht vereinbar. Ein Verbot sei nicht nur gerechtfertigt, es sei

auch geboten. "Die Demokratie muss diesem Treiben einen Riegel vorschieben, um langfristig unsere Gesellschaft in ihrer Meinungsfreiheit und Vielfalt zu erhalten."

Grüne reagieren auf Kritik durch CDU/CSU

Gegenüber dieser Zeitung reagierte die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion gestern auf die von der CDU vorgebrachte Kritik. Natürlich sei es wichtig, auch die weiteren Vereine im Blick zu behalten, was von den Grünen auch immer wieder geäußert worden war. Für die Fraktion gehe es darum, ein deutliches Zeichen zu setzen.

Der Antrag der Großen Koalition lag gestern noch nicht schriftlich vor, taucht aber in der kommenden Woche auf der Tagesordnung des Bundestages auf.